

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach

Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH

Feldkreuzstraße 3

6063 Rum / Innsbruck

Österreich

DokumentenzahlNr.: SLPS-ICE-001485-MA-DEU

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt E2 von km 0+000 bis 79+525

Unterlagen nach § 21 NABEG

PLANÄNDERUNG I

Teil K04

Naturschutzrechtliche

Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen

00	28.04.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Gerald Wille	David Bösch	Martin Pehm
01	02.06.2025	PLANÄNDERUNG I	Christian Lüth	Franziska Fieg	Christoph Ladenhauf
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis.....	4
Abkürzungsverzeichnis.....	4
1 Einleitung	5
1.1 SuedLink	5
1.2 Einordnung der Unterlage	5
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	5
2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen	6
2.1 Rechtliche Grundlagen.....	6
2.2 Konfliktbeschreibung	6
3 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG	7
3.1 Rechtliche Grundlagen.....	7
3.2 Naturschutzgebiete	7
3.2.1 Naturschutzgebiet Nr. 1.264 „Besselbergweinberge“	7
3.3 Landschaftsschutzgebiete	7
3.3.1 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.28.001 „Main-Tauber-Tal“	7
3.3.2 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.28.015 „Lauda-Königshofen“	8
3.3.3 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.056 „Kessachtal mit angrenzenden Gebietsteilen“	8
3.3.4 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.058 „Jagsttal mit angrenzenden Gebietsteilen zwischen Neudenu-Siglingen und Bad Friedrichshall- Jagstfeld und Sülztal bei Neudenu-Siglingen“	8
3.3.5 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.045 „Hergstbachtal“	9
3.3.6 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.034 „Alte Burg – Vogelsang - Viehtrieb“	9
3.3.7 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.057 „Jagsttal zwischen Jagsthausen und Möckmühl-Züttlingen mit angrenzenden Gebietsteilen“	9
3.4 Naturdenkmale und Flächennaturdenkmale (§ 28 BNatSchG)	10
3.5 Fazit.....	10
4 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope § 30	11
4.1 Rechtliche Grundlagen.....	11
4.2 Geschützte Biotope	11
4.2.1 Geschütztes Biotop (33.43 / LRT 6510) Magere Flachland Mähwiesen	11
4.2.1.1 Konfliktbeschreibung	11
4.2.1.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	12

4.2.1.3	Fazit	12
4.2.2	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012846197250) Magere Flachland Mähwiese	12
4.2.2.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	12
4.2.2.2	Fazit	13
4.2.3	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546218819) Magere Flachland Mähwiese	13
4.2.3.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	13
4.2.3.2	Fazit	14
4.2.4	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546218820) Magere Flachland Mähwiese	14
4.2.4.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	14
4.2.4.2	Fazit	15
4.2.5	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012846202890) Magere Flachland Mähwiese	15
4.2.5.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	15
4.2.5.2	Fazit	16
4.2.6	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546219390) Magere Flachland Mähwiese	16
4.2.6.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	16
4.2.6.2	Fazit	17
4.2.7	Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546224460) Magere Flachland Mähwiese	17
4.2.7.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	17
4.2.7.2	Fazit	17
4.2.8	Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 34+600) Magere Flachland Mähwiese	18
4.2.8.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	18
4.2.8.2	Fazit	18
4.2.8a	Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 41+900) Magere Flachland Mähwiese	19
4.2.8a.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	19
4.2.8a.2	Fazit	19
4.2.9	Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 43+100) Magere Flachland Mähwiese	20
4.2.9.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	20
4.2.9.2	Fazit	20
4.2.10	Geschütztes Biotop (41.10, 41.22) Feldhecken und Feldgehölze	21
4.2.10.1	Konfliktbeschreibung	21
4.2.10.2	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	21
4.2.10.3	Fazit	21
4.2.11	Geschütztes Biotop (41.10 / Nr: 166221250181) Feldgehölz	22

4.2.11.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	22
4.2.11.2	Fazit	22
4.2.12	Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 164231285134) Feldhecke	22
4.2.12.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	23
4.2.12.2	Fazit	23
4.2.13	Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 166221250539) Feldhecke	23
4.2.13.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	23
4.2.13.2	Fazit	24
4.2.14	Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 166211250147) Feldhecke	24
4.2.14.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	24
4.2.14.2	Fazit	25
4.2.15	Geschütztes Biotop (41.22 / nicht behördlich ausgewiesen, Lage bei km 8+900) Feldhecke	25
4.2.15.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	25
4.2.15.2	Fazit	25
4.2.16	Geschütztes Biotop (41.10 / nicht behördlich ausgewiesen, Lage bei km 63+900) Feldgehölz	26
4.2.16.1	Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	26
4.2.16.2	Fazit	26
4.3	Zusammenfassung	27
5	Literatur- und Quellenverzeichnis	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope	27
------------	--	----

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
DMS	Dokumentenmanagementsystem
GIS	Geoinformationssysteme
GrwV	Grundwasserverordnung
HGÜ	Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HPB	Handbuch Planen und Bauen
KST	Konzeptstudie Trasse
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt E2. Der Planfeststellungsabschnitt E2 umfasst allein Anlagen und Maßnahmen des Vorhabens V3. Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Teil K4 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen gem. § 21 NABEG für SuedLink im PFA E2.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist die Beschreibung der Voraussetzungen, auf deren Grundlage naturschutzrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen für SuedLink im PFA E2 zugelassen werden können.

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Zulassungsentscheidungen ergehen nicht gesondert, sondern werden von der Planfeststellung einkonzentriert.

2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen

2.1 Rechtliche Grundlagen

Die in § 44 Abs. 1 BNatSchG formulierten Zugriffsverbote

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

sind unter Maßgabe des § 44 Abs. 5 BNatSchG zu beachten (vgl. Unterlage Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag). Sie gelten bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffsvorhaben für in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Arten und europäische Vogelarten (in Europa natürlich vorkommende Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der VSch-RL). (Im Laufe des Verfahrens auf Anwendung prüfen).

Gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG können im Einzelfall (u.a.) aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG) Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zugelassen werden.

Eine Ausnahme darf gemäß § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG jedoch nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält.

2.2 Konfliktbeschreibung

Die Prüfung auf Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG innerhalb Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag hat ergeben, dass sich unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen ein verbotsrelevantes Risiko für sämtliche artenschutzrechtlich relevanten Arten ausschließen lässt, d.h. durch die bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen von SuedLink werden im Planfeststellungsabschnitt E2 nach den zu Grunde zu legenden Maßstäben keine Zugriffsverbote gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG verwirklicht.

Die Beantragung einer Ausnahme ist daher nicht erforderlich.

3 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG

3.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 22 BNatSchG erfolgt die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft (§§ 23 - 29 BNatSchG) durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu.

Neben den in den Erklärungen geltenden Ausnahme- und Befreiungsregelungen, die bei Notwendigkeit im Folgenden für die im Planfeststellungsabschnitt E2 geschützten Teile von Natur und Landschaft erläutert werden, kann darüber hinaus gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG auf Antrag Befreiung von den Geboten und Verboten u.a. der §§ 23 - 29 BNatSchG oder nach dem Naturschutzrecht der Länder gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist und die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

3.2 Naturschutzgebiete

3.2.1 Naturschutzgebiet Nr. 1.264 „Besselbergweinberge“

Das Naturschutzgebiet „Besselbergweinberge“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes von km 13+400 bis km 13+700 im südlichen Bereich des Rönensteingrabens und überschneidet sich weitgehend mit einem Teilbereich des FFH-Gebiets Nordöstliches Tauberland. Das Naturschutzgebiet wird mittels HDD geschlossen gequert.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gemäß § 23 BNatSchG.

3.3 Landschaftsschutzgebiete

3.3.1 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.28.001 „Main-Tauber-Tal“

Das Landschaftsschutzgebiet „Main-Tauber-Tal“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 15+400 und km 21+300 bei Distelhausen. Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von ca. 2988 ha. Nach der Verordnung vom 14.02.1953 ist es Schutzziel das jetzige Landschaftsbild zu erhalten, was das Verbot beinhaltet, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 67 BNatSchG.

3.3.2 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.28.015 „Lauda-Königshofen“

Das Landschaftsschutzgebiet „Lauda-Königshofen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes von km 17+200 bis km 22+900 bei Distelhausen. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 10.05.2005 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 3181 ha. Wesentlicher Schutzzweck ist die Erhaltung besonderer, den Landschaftscharakter prägender topographischer Ausbildungen und Landschaftselemente in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit. Außerdem ist die Sicherung ökologischer Ausgleichsflächen als Rückzugsgebiete für Tier- und Pflanzenarten um eine möglichst große Artenvielfalt zu erhalten (insbesondere Hangflächen) und die Sicherung des gesamten Landschaftsraumes als wertvolles Erholungsgebiet für die Allgemeinheit Schutzzweck.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.3.3 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.056 „Kessachtal mit angrenzenden Gebietsteilen“

Das Landschaftsschutzgebiet „Kessachtal mit angrenzenden Gebietsteilen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 55+600 und km 57+200. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 12.10.1994 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 356 ha. Der Schutzzweck ist die Erhaltung der landschaftlichen Schönheit, Eigenart und ökologischen Vielfalt des Kessachtales mit seinen Nebentälern, Klingen und angrenzenden Gebietsteilen, insbesondere der Wiesen in der Talaue, des Ufergehölzsaums der Kessach, des Laubmischwalds, der Feldgehölze, Hecken, Raine und Streuobstwiesen. Weiterer Schutzzweck ist die Gewährleistung eines ausgewogenen Naturhaushalts und des besonderen Erholungswertes der Landschaft für die Allgemeinheit.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.3.4 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.058 „Jagsttal mit angrenzenden Gebietsteilen zwischen Neudenu-Siglingen und Bad Friedrichshall-Jagstfeld und Sülztal bei Neudenu-Siglingen“

Das Landschaftsschutzgebiet „Jagsttal mit angrenzenden Gebietsteilen zwischen Neudenu-Siglingen und Bad Friedrichshall-Jagstfeld und Sülztal bei Neudenu-Siglingen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes von km 66+100 bis km 73+200. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 03.12.1997 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 1673 ha. Der Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Jagsttales und des Sülztales als Seitental, des besonderen Erholungswertes für die Allgemeinheit sowie die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit eines ausgewogenen Naturhaushalts. Zu sichern ist insbesondere der Charakter der vielgestaltigen Kulturlandschaft mit den naturnahen Wasserläufen der Jagst und der Sülz, den Talauen mit Feuchtwiesen und zahlreichen unberührten Uferabschnitten, den Gleithängen mit den

ausgeprägten Streuobstwiesen, den mit Steinriegeln, Trockenmauern und Magerrasen sowie Laubwald reich strukturierten Prallhängen als ökologisch bedeutsame Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.3.5 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.045 „Hergstbachtal“

Das Landschaftsschutzgebiet „Hergstbachtal“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 58+600 und 61+000. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 25.11.1987 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 360 ha. Schutzzweck ist die Erhaltung und Sicherung der landschaftlichen Schönheit, Eigenart und ökologischen Wertigkeit der Talaue des Hergstbaches, der Hanglagen, der Randgebiete der benachbarten Höhen sowie der Nebentäler und Klingen.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.3.6 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.034 „Alte Burg – Vogelsang - Viehtrieb“

Das Landschaftsschutzgebiet „Alte Burg – Vogelsang - Viehtrieb“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 63+100 und km 64+200 bei Möckmühl. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 24.10.1978 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 42 ha. Der Schutzzweck ist das noch weitgehend naturnahe Gebiet zur Sicherung eines ausgewogenen Naturhaushalts und eines wichtigen ökologischen Ausgleichsraums zu erhalten; die derzeitige Nutzung, zumeist Grünland, Feldhecken und Halbtrockenrasen als vielfältige Lebensstätten der Pflanzen- und Tierwelt zu sichern; das Gebiet mit seiner landschaftlichen Eigenart und Vielfalt des Reliefs und der extensiven Nutzung als Naherholungsgebiet mit hohem Eignungsgrad für die Bevölkerung von Möckmühl und Umgebung zu erhalten.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.3.7 Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.25.057 „Jagsttal zwischen Jagsthausen und Möckmühl-Züttlingen mit angrenzenden Gebietsteilen“

Das Landschaftsschutzgebiet „Jagsttal zwischen Jagsthausen und Möckmühl-Züttlingen mit angrenzenden Gebietsteilen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 67+200 und km 68+800 bei Züttlingen. Nach der Schutzgebietsverordnung vom 25.11.1998 und dem 25.07.2005 hat das Landschaftsschutzgebiet eine Größe von ca. 1345 ha. Der Schutzzweck ist die Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt, Eigenart und Schönheit des unteren Jagsttales, seines besonderen Erholungswertes

für die Allgemeinheit sowie die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit eines ausgewogenen Naturhaushalts. Zu sichern ist insbesondere der Charakter der vielgestaltigen Kulturlandschaft mit der naturnahen Jagst, den Wiesenauen und Feuchtgebieten, den mit Steinriegeln, Trockenmauern, Halbtrockenrasen, Streuobstwiesen, Rainen, Hecken und Laubwaldbeständen, reich strukturierten Hangbereichen und Seitenklingen als ökologisch bedeutsame Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung sind im Schutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Durch die Verlegung als Erdkabel, entsteht kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gem. § 26 BNatSchG.

3.4 Naturdenkmale und Flächennaturdenkmale (§ 28 BNatSchG)

Im Untersuchungsraum befinden sich mehrere Naturdenkmale und Flächennaturdenkmale (§ 28 BNatSchG). Diese sind jedoch nicht direkt vom Vorhaben betroffen, da sie räumlich umgangen oder geschlossen gequert werden.

Es entsteht somit kein Konflikt. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen gemäß §28 BNatSchG.

3.5 Fazit

Im Planfeststellungsabschnitt E2 besteht keine Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß § 26 und § 28 BNatSchG.

4 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope § 30

4.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort genannten oder weiterer landesrechtlich geschützter Biotope führen können, verboten.

Gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG kann auf Antrag eine Befreiung von diesem Verbot gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG kann von dem Verbot des Absatzes 2 außerdem auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.

In folgenden Fällen muss unvermeidbar in gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, in Verbindung mit §33 NatSchG BW, eingegriffen werden:

4.2 Geschützte Biotope

4.2.1 Geschütztes Biotop (33.43 / LRT 6510) Magere Flachland Mähwiesen

4.2.1.1 Konfliktbeschreibung

Temporäre Inanspruchnahme von insgesamt sieben Biotopen Magerer Flachland Mähwiesen (davon fünf amtlich ausgewiesene, zwei festgestellt durch Biotoptypenkartierungen), FFH LRT 6510, die geschützt sind nach § 30 BNatSchG.

Während der Bauarbeiten werden, wo technisch und logistisch unvermeidbar, Biotope beansprucht, die nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Ohne geeignete Maßnahme drohen diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieser Biotope stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Flächen jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt sind, sind hier für die jeweiligen Flächen Ausnahmegenehmigungen für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

Die Konflikte ergeben sich im PFA E2 verteilt über den Gesamten Trassenverlauf inkl. Zuwegung und BE-Flächen durch temporäre Flächeninanspruchnahme des FFH-Lebensraumtyps Magere Flachland-Mähwiesen (Nr. 6510). Im PFA E2 befinden sich diese v.a. bei km 32+700, 34+600, 36+200, 43+100, 60+100, 63+300 (2 Flächen) und 65+300 und umfassen eine Gesamtfläche von 1,13 ha. Die genaue Lage der betroffenen Flächen ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-2).

4.2.1.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der geschützten Biotope die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.1.3 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.2 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012846197250) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.2.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von

SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.2.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.3 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546218819) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.3.1 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.3.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.4 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546218820) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.4.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbund-

funktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.4.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.5 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012846202890) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.5.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

Durch die Wiederherstellung ergibt sich, aufgrund der Bilanzierung laut ÖKVO, in der das heranzuziehende Planungsmodul geringere Punkte aufweist, als das für den Ausgangszustand heranzuziehende Feinmodul, zum Teil ein Defizit in Ökopunkten. Eine

vollständige Kompensation dieses Defizits erfolgt durch das Ökokonto Landkreis Enzkreis 236.02.026.01 (vgl. Maßnahme E27, Unterlage Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan).

4.2.5.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.6 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546219390) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.6.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.6.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.7 Geschütztes Biotop (Nr: 6510012546224460) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach §30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.7.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.7.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.8 Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 34+600) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.8.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.8.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.8a Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 41+900) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop beansprucht, das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.8a.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.8a.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.9 Geschütztes Biotop (nicht behördlich ausgewiesen, km 43+100) Magere Flachland Mähwiese

Temporäre Inanspruchnahme einer Mageren Flachland Mähwiese, FFH LRT 6510.

Während der Bauarbeiten wird dieses Biotop auf zwei Teilflächen beansprucht (einmal für die Querung durch den Trassenverlauf, einmal für den Ausbau des Fahrwegs in einem Kurvenbereich), das nach dem FFH Lebensraumtyp 6510 – Magere Flachland Mähwiesen zugeordnet sind. Es ist trassierungstechnisch nicht möglich, diese Fläche zu umgehen.

Ohne geeignete Maßnahme droht diese Flächen in einen Zustand zu verfallen, der in Bezug auf Artenspektrum, Biodiversität eine geringere Wertigkeit aufweist als der Ausgangszustand. Hauptgefährdung dieses Biotops stellt erhöhte Nährstoffverfügbarkeit durch Nährstoffeintrag, bzw. durch erhöhte Mineralisationsraten durch Störung des Bodengefüges dar, was die Artenvielfalt zu Lasten der Magerzeiger in den Biotopen verschieben kann.

Die Fläche wird nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht wiederhergestellt und mittels eines Monitoringkonzepts bis zum Etablieren des Ausgangszustands regelmäßig überwacht. Da diese Fläche jedoch nach § 30 des BNatSchG geschützt ist, ist hier eine Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen geschützter Biotope erforderlich.

4.2.9.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.9.2 Fazit

Für die Eingriffe in Magere Flachland-Mähwiesen liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.10 Geschütztes Biotop (41.10, 41.22) Feldhecken und Feldgehölze

4.2.10.1 Konfliktbeschreibung

Temporäre Flächeninanspruchnahme von Feldgehölzen und Feldhecken durch Arbeitsflächen und Zuwegungen.

Entlang des Arbeitsstreifens und der Zuwegungen kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilflächen mehrerer Feldhecken- und Feldgehölzbiotope, die nach § 30 BNatSchG geschützt sind. Das betrifft im PFA E2 insgesamt ~~fünf~~ **sechs** Flächen, wovon vier amtlich ausgewiesen sind und ~~eine~~ **zwei** in der Biotoptypenkartierung ausgewiesen wurden. Nach Beendigung der Bauphase werden diese Flächen mit standortgerechter Vegetation wieder hergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Insgesamt betrifft der Konflikt eine Fläche von ~~248,4~~ **318,4** m² (~~0,025~~ **0,03** ha) verteilt auf ~~fünf~~ **sechs** Flächen, wovon die kleinste Einzelfläche 9,7 m² (0,001 ha) und die größte 180,9 m² (0,018 ha) aufweisen.

Die genaue Lage der betroffenen Flächen ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.10.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wieder hergestellt werden.

4.2.10.3 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.11 Geschütztes Biotop (41.10 / Nr: 166221250181) Feldgehölz

Temporäre Flächeninanspruchnahme eines Feldgehölzes durch Zuwegungen.

Entlang einer Zuwegung kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme dieses Feldgehölzbiotops, das nach § 30 BNatSchG geschützt ist. Nach Beendigung der Bauphase wird diese Fläche mit standortgerechter Vegetation wiederhergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Die genaue Lage der betroffenen Fläche ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.11.1 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturschutz in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.11.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.12 Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 164231285134) Feldhecke

Temporäre Flächeninanspruchnahme einer Feldhecke durch Zuwegungen.

Entlang einer Zuwegung kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilen dieser Feldhecke, die nach §30 BNatSchG geschützt ist. Nach Beendigung der Bauphase wird diese Fläche mit standortgerechter Vegetation wieder hergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Die genaue Lage der betroffenen Fläche ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.12.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.12.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.13 Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 166221250539) Feldhecke

Temporäre Flächeninanspruchnahme einer Feldhecke durch Zuwegungen.

Entlang einer Zuwegung kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilen dieser Feldhecke, die nach § 30 BNatSchG geschützt ist. Nach Beendigung der Bauphase wird diese Fläche mit standortgerechter Vegetation wieder hergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Die genaue Lage der betroffenen Fläche ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.13.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.13.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.14 Geschütztes Biotop (41.22 / Nr: 166211250147) Feldhecke

Temporäre Flächeninanspruchnahme einer Feldhecke durch Zuwegungen.

Entlang einer Zuwegung kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilen dieser Feldhecke, die nach § 30 BNatSchG geschützt ist. Nach Beendigung der Bauphase wird diese Fläche mit standortgerechter Vegetation wieder hergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Die genaue Lage der betroffenen Fläche ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.14.1 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.14.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.15 Geschütztes Biotop (41.22 / nicht behördlich ausgewiesen, Lage bei km 8+900) Feldhecke

Temporäre Flächeninanspruchnahme einer Feldhecke durch Zuwegungen.

Entlang einer Zuwegung kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilen dieser Feldhecke, die nach § 30 BNatSchG geschützt ist. Nach Beendigung der Bauphase wird diese Fläche mit standortgerechter Vegetation wieder hergestellt. Sofern möglich ist das vorhandene Ausgangsmaterial zwischenzulagern und zur Wiederherstellung unter möglichst weitgehender Schonung des Strukturgefüges wieder am ursprünglichen Standort einzupflanzen.

Die genaue Lage der betroffenen Fläche ist in Teil I, Anlage 1 dargestellt (Konflikt B-1).

4.2.15.1 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Ausbau der Zufahrten erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der Biotoptypen die Funktionen für den Naturschutz in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

4.2.15.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.2.16 Geschütztes Biotop (41.10 / nicht behördlich ausgewiesen, Lage bei km 63+900) Feldgehölz

Temporäre Flächeninanspruchnahme einer ausgewiesenen Fläche einer Feldhecke durch Arbeitsflächen.

Entlang des Arbeitsstreifens der offenen Querung im Bereich der Viehtriebstraße kommt es bauzeitlich zur Inanspruchnahme von Teilen des ausgewiesenen Bereichs dieses Feldgehölzes, das nach § 30 BNatSchG geschützt ist. Der Arbeitsstreifen ragt zwar in den ausgewiesenen Bereich des geschützten Biotops gem. § 30 BNatSchG, befindet sich jedoch im Offenland, weshalb keine Beeinträchtigung des Feldgehölzes zu erwarten ist.

Da die Gehölze des geschützten Biotops umgangen werden, wurde für diesen Bereich kein Konfliktpunkt B-1 gesetzt.

4.2.16.1 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für die temporäre Arbeitsfläche erfasst einen so nicht vorgesehenen Sonderfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg liegen somit vor.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen zurückgebaut. Aufgrund des Eingriffs in die nach Biotoptypenkartierung ausgewiesene geschützte Biotopfläche gem. § 30 BNatSchG ist eine Ausnahmenvoraussetzung erforderlich. Da jedoch nicht in die Gehölze selbst, sondern nur in die ausgewiesene Biotopfläche, eingegriffen wird, kommt es zu keiner dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass die Funktionen für den Naturhaushalt nicht beeinträchtigt werden.

4.2.16.2 Fazit

Für die Eingriffe in Feldhecken und Feldgehölze liegen die Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG, in Verbindung mit § 33 NatSchG Baden-Württemberg vor.

4.3 Zusammenfassung

Tabelle 1: Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope

Biotoptyp	Unvermeidbarer Eingriff erfolgt durch	Fläche/ Länge/ Anzahl	Kompensationsbedarf	Ausgleich	Ausnahme/ Befreiung
33.43 / LRT 6510	Temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen und Zuwegungen	1,13 ha, insgesamt 7 8 Flächen davon 5 amtlich ausgewiesen		Wiederherstellung	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 33 NatSchG
41.10	Temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen und Zuwegungen	2 3 Flächen, davon 2 amtlich ausgewiesen		Wiederherstellung	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 33 NatSchG
41.22	Temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen und Zuwegungen	3 Flächen, davon 2 amtlich ausgewiesen		Wiederherstellung	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 33 NatSchG

5 Literatur- und Quellenverzeichnis

BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist

NatSchG Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Naturschutzgesetz) vom 23. Juni 2015

FFH-RL Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG vom 21.5.1992, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU vom 13.5.2013

VSch-RL Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EU 2010 Nr. L 20 S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193)